

## **Konzessionsvertrag Erdgas**

über die

Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Bau und Betrieb von Leitungen für die Erdgasversorgung in der Stadt Lindau (B)

zwischen der

Stadt Lindau (B), Bregenzer Straße 4, 88131 Lindau

(nachstehend „Stadt“ genannt)

und

Stadtwerke Lindau (B) GmbH & Co. KG, Auenstraße 12, 88131 Lindau

(nachstehend „GVU“ genannt)

### **Vorbemerkung**

Ziel dieses Vertrages ist es, durch Bereitstellung und Betrieb eines Erdgasversorgungsnetzes unter Nutzung gemeindlicher Grundstücke eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche und treibhausgasneutrale leitungsgebundene Versorgung der Einwohner und Gewerbetreibenden im Stadtgebiet mit Erdgas zu gewährleisten, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht.

Im Hinblick auf dieses Ziel werden die Stadt und das GVU vertrauensvoll zusammenarbeiten.

### **Inhaltsverzeichnis**

Vorbemerkung .....	1
§ 1 Art und Umfang des Betriebs des Energieversorgungsnetzes.....	2
§ 2 Transformation des Erdgasnetzes bis 2045 .....	2
§ 3 Grundstücksbenutzung.....	3
§ 4 Leistungen für die Einwohner .....	4
§ 5 Umweltverträglicher Netzbetrieb, Treibhausgasneutralität und Einbindung von Erneuerbaren Energien .....	5
§ 6 Beseitigung stillgelegter Anlagen .....	6
§ 7 Konzessionsabgabe und Kommunalrabatt .....	8
§ 8 Bau und Betrieb von Leitungen .....	9
§ 9 Absicherung einer schnellen Störungsbeseitigung .....	9
§ 10 Effektiver Entstörungsprozess mit umfassender Information für Netzkunden und Stadt .....	10
§ 11 Netzleitstelle.....	10
§ 12 Geringstmögliche Netzausfallzeiten und Präventivmaßnahmen .....	11
§ 13 Sicherer Netzbetrieb .....	12

## **Stadt Lindau (B)**

### **Konzessionsvertrag Erdgas**

---

§ 14	Investitionszusagen .....	12
§ 15	Instandhaltungszusagen.....	12
§ 16	Durchführung von Baumaßnahmen im Straßenraum .....	13
§ 17	Wiederherstellung von Oberflächen.....	15
§ 18	Gewährleistung .....	15
§ 19	Koordinierte Leitungsverlegung .....	16
§ 20	Schonung des Ortsbildes und der Straßenoberflächen .....	17
§ 21	Bestandsplanwerk .....	18
§ 22	Preisgünstige und effiziente Leistungserbringung.....	18
§ 23	Änderung der Verteilungsanlagen .....	19
§ 24	Haftung.....	19
§ 25	Zusammenarbeit mit der Stadt .....	20
§ 26	Vertragsdauer.....	20
§ 27	Auskunftspflichten .....	20
§ 28	Erdgasversorgungsanlagen auf Grundstücken des GVV .....	23
§ 29	Übernahme der Verteilungsanlagen durch die Stadt.....	23
§ 30	Allgemeine Regelungen .....	24

#### **§ 1 Art und Umfang des Betriebs des Energieversorgungsnetzes**

- (1) Das GVV errichtet und betreibt in der Stadt ein Erdgasversorgungsnetz, das eine Versorgung entsprechend den Zielen des § 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie § 11 EnWG sicherstellt. Die Leitungen und sonstigen Anlagen – zusammen im Folgenden „Verteilungsanlagen“ genannt - stehen im Eigentum oder in der Verfügungsgewalt des GVV. Das GVV führt als Netzbetreiber in der Stadt nach den Bestimmungen des EnWG sowie der auf dessen Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen den Netzbetrieb zur Ermöglichung der allgemeinen Versorgung mit Erdgas durch. Das GVV wird demgemäß jedermann in der Stadt nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen an sein Versorgungsnetz anschließen und ihm die Entnahme von Erdgas aus dem Netz ermöglichen.
- (2) Ist der Konzessionsnehmer Eigentümer des Erdgasversorgungsnetzes, aber nicht dessen Betreiber, so ist er verpflichtet, im Rahmen des Pachtvertrages mit dem Betreiber sicherzustellen, dass dieser neben dem Eigentümer die Betreiberpflichten aus dem Konzessionsvertrag gegenüber der Stadt erfüllt und dem Konzessionsvertrag insoweit beiträgt.

#### **§ 2 Transformation des Erdgasnetzes bis 2045**

- (1) Das GVV verpflichtet sich, möglichst 12, spätestens aber 24 Monate nach Abschluss des Vertrages ein mittel- und langfristiges Konzept zur Transformation des im Stadtgebiet betriebenen Erdgasnetzes zu entwickeln, in welchem konkrete Maßnahmen und Zeitpunkte für deren Umsetzung sowie deren Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung in der Stadt dargestellt sind. Dieses Konzept ist jährlich fortzuschreiben und der Stadt zu übermitteln und auf Wunsch der Stadt vorzustellen. Die Stadt ist berechtigt, Änderungen bei der Umsetzung des Konzepts zu verlangen, wenn diese aus Gründen der kommunalen Wärmeplanung erforderlich und für das GVV unter Berücksichtigung der Interessen der Anschlussnehmer technisch und wirtschaftlich in zumutbarer Weise umsetzbar sind.
- (2) Das GVV hat aus dem Konzept die abgestimmten konkreten Maßnahmen umzusetzen.

- (3) Die Pflichten des GvU zur Mitwirkung bei der kommunalen Wärmeplanung gem. Wärmeplanungsgesetz (WPG) bleiben unabhängig von Abs. (4) bestehen und sind gesondert zu erfüllen.
- (4) Die Einstellung der Versorgung in Teilbereichen des Stadtgebiets oder die Einstellung des Betriebs des Erdgasnetzes insgesamt darf vor Ablauf des Vertrages nicht ohne vorherige Zustimmung der Stadt erfolgen. Die Stadt darf die Zustimmung nicht versagen, wenn ein Weiterbetrieb unter den tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen sicherheitstechnisch nicht mehr möglich ist. Vor einer vollständigen oder teilweisen Einstellung der Versorgung hat das GvU der Stadt ein Konzept dazu vorzulegen, wie in anderer Weise eine Wärmeversorgung der Bevölkerung in diesen Gebieten erfolgen kann und soll. Vor einer Stilllegung oder einem Rückbau des Erdgasnetzes hat das GvU zu prüfen, ob mittels Einsatz von Wasserstoff und/oder Biogas/Biomethan ein Weiterbetrieb ganz oder teilweise technisch und wirtschaftlich möglich und zumutbar ist. Hat die Stadt selbst für diese Gebiete bereits eine alternative Wärmeplanung aufgestellt, so bedarf es keiner Konzepterstellung des GvU. Die Umsetzung der Stilllegung darf jedoch in diesem Fall nicht vor der Umsetzung der Wärmeplanung durch die Stadt erfolgen.
- (5) Vor einer Stilllegung von Versorgungsbereichen oder des Erdgasnetzes hat das GvU sämtliche Anschlussnehmer und Einwohner der Stadt so rechtzeitig zu informieren, dass diesen eine alternative Wärmeversorgung möglich ist.
- (6) Beabsichtigt das GvU den Betrieb des Erdgasnetzes zukünftig ganz oder teilweise als Biogas- oder Biomethannetz fortzuführen, so gelten die Bestimmungen dieses Vertrages sinngemäß auch dafür.
- (7) Beabsichtigt das GvU den Betrieb des Erdgasnetzes ganz oder teilweise als Wasserstoffnetz fortzuführen, so gelten die Regelungen dieses Vertrages bis zum Ablauf der Vertragslaufzeit sinngemäß auch für ein Wasserstoffnetz (§ 113a EnWG). Dies gilt auch für die Pflicht zur Zahlung von Konzessionsabgaben, sofern diese nach den regulatorischen Vorgaben bei den Zugangsentgelten berücksichtigt werden können.
- (8) Beabsichtigt das GvU den Betrieb des Erdgasnetzes ganz oder teilweise im Sinne des § 71k Gebäudeenergiegesetz (GEG) so hat das GvU der Stadt den bis zum 30.06.2028 zu erstellenden Fahrplan für eine Umstellung bis 2045 zeitgleich zur Kenntnis zu geben und darüber zu informieren, sobald die Bundesnetzagentur den Fahrplan genehmigt oder die Genehmigung abgelehnt hat.
- (9) Sollten sich die rechtlichen Rahmenbedingungen nach Vertragsschluss in der Weise verändern, dass der Betrieb eines Erdgasversorgungsnetzes über das Jahr 2045 hinaus rechtlich zulässig ist, sind sich die Parteien darüber einig, dass das Erdgasversorgungsnetz über die Vertragslaufzeit in der Weise instand gehalten und erneuert wird, dass es jederzeit technischen Sicherheitsanforderungen genügt und eine sichere Versorgung der Anschlussnehmer ermöglicht.

### **§ 3 Grundstücksbenutzung**

- (1) Die Stadt gestattet dem GvU, alle im Stadtgebiet gelegenen öffentlichen Verkehrswege (Straßen, Wege, Plätze und Brücken sowie die öffentlichen Gewässer), über die ihr das Verfügungsrecht zusteht, für die Errichtung und den Betrieb von Leitungen zur unmittelbaren Versorgung mit Erdgas im Vertragsgebiet zu benutzen. Gleiches gilt für sog. Durchgangsleitungen, die der Versorgung von Letztverbrauchern außerhalb des Stadtgebietes dienen.

Leitungen im Sinne dieses Vertrages sind alle Erdgasverteilungsanlagen (u.a. Rohrleitungen, Gasdruckregelstationen, Hausdruck- sowie Zählerregler, Gasübernahmestationen, Hausanschlüsse) samt deren Zubehör, insbesondere Mess-, Steuer- und

Telekommunikationsleitungen und –anlagen. Für durch das GVV neu zu errichtende Telekommunikationsleitungen, die nicht zum Netzbetrieb erforderlich sind, gilt das Telekommunikationsgesetz (TKG).

- (2) Das Vertragsgebiet im Sinne dieses Vertrages ist in der als **Anlage 1** beigefügten Karte kenntlich gemacht.
- (3) Die Stadt räumt dem GVV das Recht ein, die nicht dem öffentlichen Verkehrsraum zugehörigen Grundstücke der Stadt (sog. fiskalische Grundstücke) zu benutzen. Nach Überschreiten der Duldungspflicht gemäß der Niederdruckanschlussverordnung (NDAV) wird die Stadt dem GVV auf dessen Wunsch eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit eintragen lassen. Das GVV zahlt dabei an die Stadt für Wertminderung des Grundstücks eine Entschädigung in angemessener Höhe, die mit der Eintragung der Dienstbarkeit fällig wird. Die bei der Einräumung oder Löschung der Dienstbarkeiten anfallenden Kosten trägt das GVV. Für den Fall der Umverlegung gilt abweichend zu § 1023 Abs. 1 S. 1 BGB, § 23 des Vertrages. Die beabsichtigte erstmalige Nutzung fiskalischer Grundstücke hat das GVV der Stadt anzuzeigen und mitzuteilen, ob eine Duldungspflicht nach der NDAV vorliegt oder die Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit erforderlich ist.
- (4) Beabsichtigt die Stadt, Grundstücke, auf denen sich Leitungen oder sonstige Anlagen des GVV befinden, an Dritte zu veräußern, wird die Stadt das GVV rechtzeitig vor der Veräußerung hierüber unterrichten. Sofern Leitungen oder sonstige Anlagen des GVV nicht bereits dinglich gesichert sind, bestellt die Stadt an diesen Grundstücken vor Veräußerung auf Verlangen des GVV zu deren Gunsten beschränkte persönliche Dienstbarkeiten. Die hierbei anfallenden Kosten trägt das GVV. Das GVV zahlt dabei an die Stadt eine einmalige Entschädigung in angemessener Höhe, die mit Eintragung der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit fällig wird. Bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken bemisst sich die angemessene Entschädigung je nach Grad der Beeinträchtigung und Grad der Inanspruchnahme unter Berücksichtigung des jeweiligen Bodenrichtwertes (bei forstwirtschaftlichen Grundstücken zudem auch den Wert des Aufwuchses) und der ImmoWertV.
- (5) Zwischen den Vertragspartnern besteht Einigkeit darüber, dass die für die Vertragslaufzeit des Konzessionsvertrages in Ausübung der Wegenutzungsrechte nach § 3 auf den jeweiligen Grundstücken betriebenen und/oder errichteten Erdgasverteilungsanlagen von dem GVV nur zu einem vorübergehenden Zweck bzw. in Ausübung eines Rechts an einem fremden Grundstück von dem GVV mit diesen Grundstücken verbunden sind bzw. verbunden werden, also sog. Scheinbestandteile darstellen (§ 95 BGB).

#### **§ 4 Leistungen für die Einwohner**

- (1) Das GVV ist bereit, die Bürger im Vertragsgebiet über die Herstellung eines Netzan schlusses zum örtlichen Erdgasnetz sowie die Anschlussnutzung zu beraten.
- (2) Das GVV verpflichtet sich, für Netzkunden und Antragsteller in örtlicher Nähe ein Kundenzentrum mit angemessenen Öffnungszeiten anzubieten, die dem tatsächlichen Bedarf gerecht werden (aktuell: Montag bis Freitag: 8 bis 13 Uhr). Eine Reduzierung der Öffnungszeiten darf nur in Abstimmung mit der Stadt erfolgen.
- (3) Das GVV bietet Netzkunden und Antragstellern und allen Interessierten eine Rufnummer für die Kontaktaufnahme zusätzlich zur kostenlosen Störungshotline an.
- (4) Das GVV bietet Netzkunden und Antragstellern und allen Interessierten an, Standardprozesse des Netzbetriebs (Use Cases, wie z.B. Kontaktaufnahme, Zählerstandsmeldung, Adressänderung etc.) online über die Website des Netzbetreibers/das Internet oder ein Kundenportal abzuwickeln. Folgende Use Cases werden angeboten:

- a) Netzanschlussportal mit den Funktionalitäten: unter anderem Antragstellung, Stand der Bearbeitung, Terminvereinbarung
  - b) Zählerstandsportal
- (5) Ferner verpflichtet sich das GUV, dass es
- a) die telefonische Erreichbarkeit eines Ansprechpartners Montag bis Freitag gewährleistet, die dem tatsächlichen Bedarf der Netzkunden entspricht (mindestens 30 Stunden in der Woche). Die Telefonnummer ist auf der Homepage des Netzbetreibers veröffentlicht.
  - b) ein Beschwerdemanagement mit einer möglichst schnellen Bearbeitungsfrist, in der Regel innerhalb von fünf Werktagen, vorhält.
  - c) persönliche Beratungstermine der Netzkunden an einem Ort ihrer Wahl im Konzessionsgebiet in der Regel binnen fünf Werktagen nach Eingang des Beratungswunsches durchführt (Samstage, Sonn- und Feiertage, die innerhalb dieser Frist liegen, werden bei der Zählung übersprungen).
- (6) Das GUV verpflichtet sich, für eine kundenfreundliche Hausanschlusserstellung folgende unterschiedliche Kommunikationswege zur Beantragung eines Hausanschlusses anzubieten:
- a) Das GUV verfügt über einen digitalisierten Terminvergabeprozess zur Erstellung des Hausanschlusses.
  - b) Jeder Antragsteller erhält an Arbeitstagen (Montag bis Freitag) in der Regel binnen 10 Werktagen ab Eingang seines Antrags und nach Vorliegen aller erforderlicher Informationen von Seiten des Netzkunden ein Angebot für die Errichtung eines Standardhausanschlusses (Samstage, Sonn- und Feiertage, die innerhalb dieser Frist liegen, werden bei der Zählung nicht berücksichtigt).
  - c) Jeder Antragsteller erhält unter Nutzung des Online-Prozesses des GUV ohne Medienbruch binnen 48 Stunden ein Angebot für einen Standardhausanschluss, wenn der Antragsteller seinerseits den digitalen Kommunikationsweg eröffnet hat (z.B. unter Angabe seiner E-Mail-Adresse). Ein Standardhausanschluss ist der Anschluss eines Wohngebäudes mit einer Nennweite DN 25 und DN 50.
  - d) Nach Vorliegen aller Voraussetzungen (genehmigungsrechtlicher Art sowie aller erforderlicher Informationen von Seiten des Netzkunden) wird ein Standardhausanschluss auf Kundenwunsch innerhalb in der Regel innerhalb von vier Wochen, maximal bei Sondersachverhalten innerhalb von 12 Wochen erstellt.
  - e) Ein dem Kunden zugesagter Wunschtermin des Kunden zur Erstellung des Hausanschlusses wird nach besten Kräften immer eingehalten.
- (7) Zur kontinuierlichen Messung und Verbesserung der Kundenzufriedenheit, führt das GUV in regelmäßigen Abständen Kundenzufriedenheitsbefragungen durch, bei denen auch die Zufriedenheit mit dem Gasnetzbetrieb abgefragt wird.

## **§ 5 Umweltverträglicher Netzbetrieb, Treibhausgasneutralität und Einbindung von Erneuerbaren Energien**

- (1) Das GUV verpflichtet sich, zur Erweiterung der Netzkapazität, Maßnahmen zur Netzverstärkung und zur Netzoptimierung vorzunehmen, soweit dies für den Anschluss

von Biogasanlagen in Ansehung der gesetzlichen Pflichten erforderlich und dem GUV wirtschaftlich zumutbar ist.

- (2) Das GUV verpflichtet sich, zum umweltverträglichen Netzbetrieb u.a. durch folgende Maßnahmen:
- a) Prüfung und vorrangiger Einsatz grabenloser Verfahren im Konzessionsgebiet vor jeder Baumaßnahme. Spülbohrverfahren werden nur nach Absprache mit der Stadt eingesetzt, um eine zu starke Bodenverdichtung zu vermeiden.
  - b) Das GUV verpflichtet sich in Abstimmung mit der Stadt bzw. dem Garten- und Tiefbaubetrieb Lindau als deren Eigenbetrieb zu umweltfreundlichen Ausgleichsmaßnahmen bei Eingriffen in die Natur (Flora und Fauna).
  - c) Das GUV wird zusätzlichen Flächenverbrauch durch die Verlegung neuer Leitungen im Bereich vorhandener Trassen vermeiden, wenn dies wirtschaftlich zumutbar und technisch möglich ist.
  - d) Das GUV verpflichtet sich, Ausgleichsmaßnahmen zum Schutz von Flora und Fauna im Konzessionsgebiet nur in Abstimmung mit den unteren Naturschutzbehörden der Landkreise und in Abstimmung mit der Stadt bzw. dem Garten- und Tiefbaubetrieb Lindau als deren Eigenbetrieb durchzuführen.
  - e) Das GUV wird Bodenaushub einer umfassenden Wiederverwendungsprüfung unterziehen und bei Entsorgung von belastetem Erdreich den Entsorgungsnachweis der Stadt auf Anforderung vorlegen.
- (3) Das GUV verpflichtet sich, die von ihm beauftragten Dritten zur Einhaltung der eigenen verbindlichen Standards zur Umweltverträglichkeit für Tätigkeiten, die diese für das GUV beim Netzbetrieb erbringen, zu verpflichten.
- (4) Das GUV verpflichtet sich, ein Nachhaltigkeitskonzept zu erstellen und jährlich fortzuschreiben, in dem regelmäßig überprüft wird, ob und in welcher Weise weitere umweltfreundliche Verbrauchsmaterialien eingesetzt werden können. Soweit der Einsatz technisch möglich und gleich wirksam ist, ist das GUV zum Einsatz verpflichtet.
- (5) Zum Betrieb eigener E-Fahrzeuge wird vorzugsweise eigenproduzierter PV-Strom eingesetzt.
- (6) Das GUV verpflichtet sich zum Einsatz eines klimaschutzfreundlichen Fuhrparks zur Vermeidung schädlicher Treibhausgas-Emissionen, wenn dies technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist. Derzeit sind 50% des Fuhrparks bereits auf E-Fahrzeuge umgestellt. Aus Krisenschutzgründen werden daneben Einsatzfahrzeuge mit anderen Antriebsvarianten vorgehalten.
- (7) Das GUV wird sich in Abstimmung mit der Stadt nach besten Kräften bemühen, um eine Klimaneutralität des Netzbetriebs bis 2045 zu erreichen. Unter anderem wird das GUV Ökostrom zum Betrieb der eigenen Anlagen und Betriebsgebäude einsetzen.

## **§ 6 Beseitigung stillgelegter Anlagen**

- (1) Im Hinblick auf die anstehende Transformation des Gasnetzes sind die Parteien bestrebt, eine für beide Seiten interessengerechte Lösung zur Beseitigung stillgelegter Leitungen zu vereinbaren.
- (2) Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses ist bekannt, dass möglicherweise sogar mit der Stilllegung des gesamten Erdgasnetzes zu rechnen ist. Eine unbegrenzte Pflicht zur Beseitigung stillgelegter Leitungen könnte zu einer wirtschaftlichen Überforderung

des GUV führen. Auf der anderen Seite hat die Stadt ein Interesse daran, dass in ihren Grundstücken und Straßen keine stillgelegten Leitungen verbleiben und daraus ggf. sogar Umweltbeeinträchtigungen oder Baubeeinträchtigungen erwachsen. Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Parteien Folgendes:

- (3) Die Stadt kann verlangen, dass stillgelegte Verteilungsanlagen auf Kosten des GUV unverzüglich, spätestens jedoch in der Regel innerhalb von sechs Wochen, maximal jedoch innerhalb von 12 Wochen nach Aufforderung entfernt werden, wenn die stillgelegten Verteilungsanlagen
  - a) umweltschädliche Stoffe enthalten und die Umweltgefährdung nicht durch andere Maßnahmen beseitigt werden kann und/oder
  - b) Baumaßnahmen der Stadt behindern oder erschweren und/oder
  - c) die Verlegung von Leitungen oder Erzeugungsanlage zur Wärmeversorgung behindern.
- (4) Ist eine Entfernung von stillgelegten Verteilungsanlagen im Rahmen von Baumaßnahmen als Nebenarbeit möglich, verpflichtet sich das GUV, diese Verteilungsanlagen ebenfalls zu entfernen.
- (5) Das GUV informiert die Stadt unverzüglich und schriftlich über eine Stilllegung. Die Parteien können sich auf eine spätere Beseitigung verständigen.
- (6) Verteilungsanlagen gelten als stillgelegt, wenn sie nicht mehr genutzt werden und eine Wiederinbetriebnahme innerhalb von 5 Jahren vom GUV nicht beabsichtigt ist. Die Darlegungs- und Beweislast für die Absicht, eine ungenutzte Verteilungsanlage innerhalb von 5 Jahren wieder in Betrieb zu nehmen, trägt das GUV. Eine Anlage gilt stets als stillgelegt, wenn sie für einen Zeitraum von 5 Jahren außer Betrieb war.
- (7) Stillgelegte Verteilungsanlagen sind durch das GUV zu dokumentieren und in dem Bestandsplanwerk zu kennzeichnen. Der Stadt wird die Position von stillgelegten Verteilungsanlagen auf Wunsch übermittelt.
- (8) Das GUV verzichtet hinsichtlich der Entfernungspflicht während der Laufzeit dieses Vertrages auf die Einrede der Verjährung.
- (9) Zur Vermeidung von Baumaßnahmen im Vertragsgebiet kann die Stadt aufgrund der Information nach Abs. (5) das GUV stets auffordern, von der Entfernung stillgelegter Anlagen abzusehen bzw. diese nur als Nebenarbeit im Rahmen anderer Baumaßnahmen durchzuführen.
- (10) Das GUV hat alle Kosten zu übernehmen, die der Stadt aus den stillgelegten Verteilungsanlagen entstehen. Sollte gesetzlich eine andere Kostentragungsregelung gelten, ist diese anzuwenden.
- (11) Die Vertragspartner sind sich einig, dass stillgelegte Verteilungsanlagen bis zur Entfernung weiterhin Scheinbestandteile nach § 95 BGB oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung sein sollen. Sollte das Eigentum auf die Stadt übergehen, ändert dies nichts an den nach § 6 zugesagten Verpflichtungen des GUV.
- (12) Die Abs. (1) – (11) gelten nach Beendigung dieses Vertrages für Anlagen fort, die vor Beendigung des Vertrages bereits stillgelegt waren, soweit diese vom neuen Vertragspartner der Stadt nicht übernommen werden.

**§ 7 Konzessionsabgabe und Kommunalrabatt**

Als Entgelt für die nach § 3 Abs. 1 eingeräumten Nutzungsrechte zahlt das GVV an die Stadt Konzessionsabgaben im gesetzlich jeweils höchstzulässigen Umfang. Insbesondere finden künftige gesetzliche Festlegungen zur Abgrenzung zwischen Tarif- und Sondervertragskunden im vorliegenden Vertragsverhältnis unmittelbar Anwendung. Satz 1 gilt auch bei Durchleitungs- und Weiterverteilungsfälle nach § 2 Abs. 6 und 8 KAV.

(1) Die Konzessionsabgabe beträgt derzeit

a) bei der Belieferung von Tarifkunden

bei Gas, das ausschließlich für Kochen und Warmwasser geliefert wird in Gemeinden

bis 25.000 Einwohner

0,51 Cent,

bis 100.000 Einwohner

0,61 Cent,

sonstige Tariflieferungen in Gemeinden

bis 25.000 Einwohner

0,22 Cent,

bis 100.000 Einwohner

0,27 Cent,

b) bei der Belieferung von Sondervertragskunden

0,03 Cent.

c) Ändert sich während der Vertragslaufzeit die Einwohnerzahl nach den Veröffentlichungen des statistischen Bundesamtes in der Weise, dass eine höhere oder niedrigere Konzessionsabgabe zu zahlen ist, gilt die abgesenkte oder erhöhte Konzessionsabgabe spätestens zum 01. Januar des auf die Feststellung folgenden Jahres.

(2) Ergänzend gelten die Regelungen der Konzessionsabgabenverordnung.

(3) Die Konzessionsabgabenzahlung ist spätestens bis zum 30.09. nach Ablauf des Abrechnungsjahres (Kalenderjahr) an die Stadt zu zahlen. Auf die Konzessionsabgabenzahlungen an die Stadt werden von dem GVV vierteljährliche Abschlagszahlungen in Höhe von jeweils 25 % des Vor-Vorjahresbetrages am Ende des abgelaufenen Quartals geleistet, sofern nicht Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass diese Abschläge nicht sachgerecht sind. Die Abrechnung der für ein Kalenderjahr zu bezahlenden Konzessionsabgaben erfolgt bis spätestens Ende Juni des folgenden Jahres. Unterschiedsbeträge zwischen Abschlagszahlungen und Schlussabrechnung werden mit der auf die Schlussabrechnung folgenden Abschlagszahlungen saldiert und nicht verzinst. Dabei sind die Abrechnung, die ihr zugrunde gelegten Daten sowie deren Ermittlung nachvollziehbar darzustellen. Die Grundlagen der Ermittlung werden auf Verlangen der Stadt oder einem beauftragten Dritten in geeigneter Weise nachgewiesen und erläutert.

(4) Die Stadt ist berechtigt, von dem GVV nach Ablauf eines Kalenderjahres eine von einem Wirtschaftsprüfer testierte Endabrechnung unter Aufschlüsselung der Konzessionsabgaben nach Mengen, Abnahmeverhältnissen und Kundenstruktur und Nachweis der Ordnungsgemäßheit der Abrechnung zu verlangen.

(5) Das GVV gewährt der Stadt, ihren Eigenbetrieben oder eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen gemäß der jeweils gültigen Konzessionsabgabenverordnung für deren Eigenverbrauch den jeweils höchst zulässigen Preisnachlass für den Netzzugang von 10% des Netto-Rechnungsbetrages zzgl. Umsatzsteuer. Rechnungsbetrag für den Netzzugang ist nach dem derzeitigen Stand der Rechtsprechung (BGH, Beschl. v. 20. Juni 2017 - EnVR 24/16, EnWZ 2017, 454; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 29.09.2021, 3 Kart 210/20) lediglich der auf den Netzzugang bezogene Rechnungsbetrag ohne



Abgaben, Umlagen und Entgelte für den Messstellenbetrieb. Sollte sich das Verständnis zum zu rabattierenden Rechnungsbetrag durch höchstrichterliche Rechtsprechung ändern, berücksichtigt das GVV dies ab dem Zeitpunkt der Rechtskraft der Entscheidung.

- (6) Auf Wunsch der Stadt gewährt das GVV den Kommunalrabatt in Form bereits entsprechend reduzierter Netznutzungsentgelte oder in Form einer Gutschrift am Jahresende (oder dieser bei einer Abtretung des Anspruchs von der Stadt an ihren Energielieferanten an diesen).
- (7) Bei der Konzessionsabgabe handelt es sich um einen Nettobetrag. Das GVV geht davon aus, dass die Ausnahmen des § 4 Nr. 12 lit. a UStG vorliegend nicht erfüllt sind. Zusätzlich zum Nettobetrag wird deshalb die Umsatzsteuer in der gesetzlich geltenden Höhe angesetzt. Sollte aufgrund gesetzlicher Änderungen, Entscheidungen des Bundesfinanzhofes, des Europäischen Gerichtshofes, durch Verwaltungsanweisungen des Bundesfinanzministeriums oder aus einem anderen Grund die Leistung aus diesem Vertrag zukünftig als nicht steuerbar angesehen werden, entfällt die Umsatzsteuer. Die Gemeinde bestätigt dem GVV zu Beginn jeden steuerrelevanten Jahres, dass sie das Konzessionsrecht ausschließlich für Umsätze verwendet oder zu verwenden beabsichtigt, die den Vorsteuerabzug nicht ausschließen. Das GVV ist zum Vorsteuerabzug berechtigt.
- (8) Sofern die in § 2 KAV festgesetzten Höchstbeträge für Konzessionsabgaben vom Gesetz- oder Verordnungsgeber verändert werden oder die KAV durch ein anderes Gesetz bzw. eine andere Verordnung ersetzt wird, wird das GVV seine Konzessionsabgabenzahlung an die neuen Höchstbeträge ab dem vom Gesetz- bzw. Verordnungsgeber vorgegebenen gesetzlichen Änderungszeitpunkt anpassen. Sollte die Konzessionsabgabe aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder Verwaltungsanordnung bzw. in Folge der Rechtsprechung ersatzlos wegfallen, werden die beiden Vertragsparteien Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen, der Stadt eine anderweitige, wirtschaftlich gleichwertige Gegenleistung zu verschaffen, soweit dies rechtlich zulässig ist.

## **§ 8 Bau und Betrieb von Leitungen**

- (1) Das GVV errichtet die Verteilungsanlagen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik und hält diese in einwandfreiem, betriebsfähigem Zustand. Dabei ist das Regelwerk der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfachs e.V. (DVGW) zu beachten. Das GVV wird die Verteilungsanlagen im Stadtgebiet nach Maßgabe der § 1 EnWG-Ziele planen, errichten, instand halten und betreiben. Im Falle einer Wasserstoffumstellung gelten dann die hierfür geltenden technischen Regelwerke.

## **§ 9 Absicherung einer schnellen Störungsbeseitigung**

- (1) Das GVV sagt zu, über eine ausreichende Anzahl qualifizierter Mitarbeiter für die Durchführung eines Netzbetriebs und eine möglichst schnelle Störungsbeseitigung zu verfügen.
- (2) Zur Beseitigung von Störungen hält das GVV eine 24/7 Rufbereitschaft vor, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regelarbeitszeit unverzüglich eine Störungsbeseitigung durchführt.
- (3) Innerhalb der Regelarbeitszeit sagt das GVV eine maximale Reaktionszeit nach Eingang der Störungsmeldung von maximal 30 Minuten zu.
- (4) Außerhalb der Regelarbeitszeit sagt das GVV eine maximale Reaktionszeit nach Eingang der Störungsmeldung von maximal 30 Minuten zu.

- (5) Das GVV sagt zu, über eine TSM-Zertifizierung zu verfügen und regelmäßige Rezer-tifizierungen vorzunehmen.
- (6) Das GVV verpflichtet sich selbst oder über vertragliche Vereinbarungen eine Tiefbau-bereitschaft 24/7 abzusichern.
- (7) Der Stadt stehen Informationsrechte zu den vorstehenden Leistungen gem. § 25 Abs. 3 zu.

**§ 10 Effektiver Entstörungsprozess mit umfassender Information für Netzkun-den und Stadt**

- (1) Das GVV informiert Netzkunden/Anwohner, Bürger, Gewerbetreibende und die Stadt über geplante Unterbrechungen im Versorgungsnetz sowie über ihre mögliche Dauer rechtzeitig und in geeigneter Weise, derzeit über Einwurfzettel oder per Brief an die unmittelbar Betroffenen. Bei ungeplanten Störungen erfolgt eine unverzügliche In-formation unter Nutzung mehrerer geeigneter zur Verfügung stehender Kommunika-tionskanäle im Konzessionsgebiet, soweit es sich um eine erhebliche Störung (Kreis der betroffenen Anschlussnutzer von 20 bis 30 Hausanschlüssen und/oder Dauer von mehr als 2 Stunden für die Störungsbeseitigung) handelt. Die Pflichten aus § 17 Abs. 2 NDAV bleiben unberührt.
- (2) Unabhängig von einer Information gem. Abs. 1 informiert das GVV eine von der Stadt benannte Stelle über das Vorliegen einer Störung, die Anzahl der betroffenen An-schlussnutzer sowie die Maßnahmen und Dauer der Wiederherstellung der Versor-gung. Nach Beseitigung erheblicher Störungen informiert das GVV die Stadt über Maßnahmen zur Vermeidung künftiger vergleichbarer Störungen

**§ 11 Netzleitstelle**

- (1) Das GVV verpflichtet sich, für die Vertragslaufzeit zum Betrieb des Netzes mittels Netzleitstelle, die in seinem Eigentum steht, auf die es aufgrund vertraglicher Ver-einbarungen zugreifen kann oder die ein zuverlässiges Drittunternehmen für das GVV betreibt. Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses bedient sich das GVV eines zuverlässigen Dienstleisters in Schwäbisch Hall.
- (2) Die Netzleitstelle wird für folgende Aufgabenbereiche eingesetzt:
  - a) Netzführung
  - b) Anlagenüberwachung
  - c) Störungsrufannahme und Störungskoordination
- (3) Die Netzleitstelle verfügt u.a. über folgende redundante Kommunikationsmittel:
  - a) Satellitentelefon
  - b) Notfallapparat mit separater Notfallnummer
- (4) Die Netzleitstelle ist während der Regelarbeitszeit (aktuell: 8 bis 16 Uhr) mit mindes-tens 2 Mitarbeitern besetzt. Im Bedarfsfall können weitere Mitarbeiter hinzugezogen werden. Die Mitarbeiter verfügen mindestens über folgende Qualifikationen:
  - a) Fachkraft Meldestelle nach DVGW 1200
  - b) Techniker

- c) Meister
- (5) Außerhalb der Regelarbeitszeit ist die Netzleitstelle mit 1 Mitarbeitern besetzt, die über folgende Mindestqualifikationen verfügen:
  - a) Fachkraft Meldestelle nach DVGW 1200
  - b) Techniker
  - c) Meister
- (6) Die Netzleitstelle ist durch technische Einrichtungen und/oder den Zugriff auf weitere Netzleitstellen gegen Erdgasausfall und Angriffe von außen gesichert. U.a. verfügt die Netzleitstelle über folgende technische Einrichtungen, die die Verfügbarkeit und Ausfallsicherheit der Netzleitstelle (Krisenfestigkeit) bewirken:
  - a) Redundante USV-Anlagen für Leitstelle und Rechenzentrum
  - b) Notstromaggregat (mit Diesel betrieben)
  - c) Effektive Zutrittskontrollen und Schließanlagen

## **§ 12 Geringstmögliche Netzausfallzeiten und Präventivmaßnahmen**

- (1) Zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe betragen die durchschnittlichen SAIDI-Gesamtwerte der letzten drei Kalenderjahre für das vom GVV betriebene Netzgebiet:
  - 1,61 Minuten (2023)
  - 0 Minuten (2022)
  - 0 Minuten (2021)
- (2) Das GVV verpflichtete sich, für sein Netzgebiet einschließlich des Konzessionsgebiets einen SAIDI-Gesamtwert druckstufenunabhängig über alle Letztverbraucher wie folgt möglichst nicht zu überschreiten:

Durchschnittlich über 3 Jahre unter 5 Minuten
- (3) Das GVV gewährleistet den Schutz der Netzanlagen vor Extremwetterereignissen (z.B. Hochwasser, Starkregen, u.a.). Hierzu sagt das GVV folgende Maßnahmen konkret zu:
  - a) Berücksichtigung von Hochwassergefahrenkarten bei der Errichtung von Neuanlagen, insbesondere möglichst keine Planung von Gasdruckregelstation in den Gefährdungsgebieten oder Absicherung gegen Hochwassergefahr,
  - b) beim Ersatz von Altanlagen in Hochwassergefährdungsgebieten sind besondere Sicherheitsvorkehrungen gegen Wasserschäden durch Hochwasser oder Starkregen zu treffen.
- (4) Die Parteien stimmen sich nach Vertragsschluss ab, wie für das GVV zukünftig die Einsatzfähigkeit und Erreichbarkeit im Hochwasserfall über eine gesonderte Zufahrt erfolgen kann.
- (5) Das GVV verpflichtet sich, für den Krisenfall Einsatzfahrzeuge vorzuhalten, die auch bei Hochwasser und Starkregen durch Allradantrieb und ausreichende Reichweite einsatzfähig sind.

- (6) Zur Absicherung einer schnellen Störungsbeseitigung verpflichtet sich das GVV die notwendigen Ersatzteile für Standardschäden vorzuhalten oder von Dritten vorhalten zu lassen. Die Gasmessregelstationen sind überwiegend zweischienig ausgeführt. Für den Ausfall eines Reglers sind Ersatzteile vorhanden.
- (7) Das GVV arbeitet derzeit schon mit benachbarten regionalen GVV zusammen und hat dadurch Zugriff auf weitere Ersatzteile und kürzere Beschaffungsfristen. Diese Zusammenarbeit wird noch intensiviert.

### **§ 13 Sicherer Netzbetrieb**

- (1) Das GVV etabliert Prozesse zur Evaluierung von Risiken bei Tätigkeiten im Netzbetrieb und Netzbau unter Berücksichtigung der Beschaffenheit der Anlagentypen und leitet daraus Arbeitsschutzmaßnahmen nach einer regelmäßigen Gefährdungsbeurteilung unter Berücksichtigung der BetrSichV und ArbStättV sowie der DIN-Normen und des DVGW-Regelwerks ab.
- (2) Das GVV verfügt über Regelwerke, in denen die organisatorischen Maßnahmen zum Arbeitsschutz für Mitarbeiter verbindlich festgeschrieben werden. Die Regelwerke sind im digitalen Organisationshandbuch einsehbar.
- (3) Als Maßnahme der Netzbetriebsqualität und des Arbeitsschutzes verpflichtet sich das GVV Weiterbildungsangebote für seine Mitarbeiter vorzuhalten, die sowohl den Erwerb der für einen sicheren und regelkonformen Netzbetrieb notwendigen Qualifizierungen der Mitarbeiter sicherstellen als auch eine Weiterqualifizierung ermöglichen.
- (4) Das GVV verfügt über ein Weiterbildungskonzept und -management, in dem die für bestimmte Tätigkeiten erforderlichen Qualifizierungen vorgeschrieben sind und die Erfüllung der Weiterbildungsanforderungen regelmäßig überprüft werden. Die Qualifizierungsanforderungen sind mindestens nach Maßgabe der jeweils geltenden Regelwerke fortzuentwickeln.

### **§ 14 Investitionszusagen**

- (1) Das GVV verpflichtet sich nach Abschluss des Vertrages ein Netzentwicklungskonzept aufzustellen und jährlich fortzuschreiben, welches eine Kurzfrist-, Mittelfrist- und Langfristplanung umfasst. In der Investitionsstrategie sind Zusagen zum Netzausbau/-erweiterung, -modernisierung und -erneuerung sowie Maßnahmen zur Transformation des Erdgasnetzes abzubilden und zu konkretisieren.
- (2) Das GVV stellt der Stadt jährlich in der jeweils zweiten Novemberhälfte das Netzentwicklungskonzept mit einer Investitionsplanung für die nächsten 10 Kalenderjahre vor. Darin schlägt das GVV der Stadt gleichzeitig eine Rehabilitationsrate für das Erdgasnetz vor und stimmt diese mit der Stadt für das Folgejahr ab. Die Stadt kann eine abweichende Rehabilitationsrate fordern, wenn dies aus netztechnischer Sicht umsetzbar ist und den gesetzlichen oder behördlichen Pflichten des Netzbetreibers nicht widerspricht.

### **§ 15 Instandhaltungszusagen**

- (1) Das GVV verfolgt im Netzgebiet eine Wartungs- und Instandhaltungsstrategie, die mit den gesetzlichen Vorgaben und sämtlichen einschlägigen Regelwerken, insbesondere des DVGW, in Einklang steht. Dabei setzt das GVV das Konzept der vorbeugenden Instandhaltung um. Dabei werden aus vorhandenen Zustandsdaten Maßnahmen abgeleitet (unter anderem Alter, Material, Erfahrung von Störanfälligkeit, Erfahrung von Mitarbeitern).

- (2) Zur Umsetzung der Wartungs- und Instandhaltungsstrategie sowie zur Dokumentation der Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen setzt das GUV IT-Lösungen wie folgt ein:
  - a) Betriebsmitteldatenbank (aktuell: K3V)
  - b) Geodaten-Informationssystem mit Schnittstelle zu Betriebsmitteldatenbank

## **§ 16 Durchführung von Baumaßnahmen im Straßenraum**

- (1) Das GUV wird die Stadt rechtzeitig, mindestens mit einem Vorlauf von 3 Monaten, über beabsichtigte Baumaßnahmen an den Verteilungsanlagen informieren, damit der Stadt die Möglichkeit zur Stellungnahme hat. Die Stadt kann Änderungen geplanter Baumaßnahmen verlangen, wenn diese Änderung für das GUV technisch und wirtschaftlich in zumutbarer Weise umsetzbar sind.
- (2) Das GUV wird eine Genehmigung von Baumaßnahmen (sog. Aufgraberlaubnis) in öffentlichen Verkehrsflächen mindestens vier Wochen vor Beginn der Baumaßnahme bei der Stadt einholen. Ausgenommen sind solche Maßnahmen im öffentlichen Straßenland, die zur Behebung einer Störung oder zur Errichtung eines Hausanschlusses unverzüglich umgesetzt werden müssen (Sofortmaßnahmen). Bei Sofortmaßnahmen ist die Stadt unverzüglich zu unterrichten.
- (3) Die Zustimmung kann nur versagt werden, wenn überwiegende öffentliche Interessen oder sonstige wesentliche Belange der Stadt entgegenstehen. Die Stadt kann der Ausführung unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen widersprechen. Sofern für die Durchführung der Baumaßnahme das Einholen einer verkehrsrechtlichen Genehmigung (§ 45 StVO) erforderlich ist, hat das GUV diese vor Beginn der Baumaßnahme einzuholen.
- (4) Das GUV muss dafür Sorge tragen, dass durch Straßenarbeiten die Sicherheit nicht und die Leichtigkeit des Verkehrs möglichst wenig behindert wird. Die Verantwortung für Verkehrssicherungspflichten für diese Arbeiten trägt das GUV. Baustellen sind abzusperren und zu kennzeichnen. Durch die Bauarbeiten dürfen die Zugänge zu den angrenzenden Grundstücken sowie der Anliegerverkehr nicht mehr als vermeidbar beschränkt werden.
- (5) Das GUV verpflichtet sich, dass auf Baustellen des GUV eine Verständigung mit dem Vorarbeiter (Aufsichtsführender bzw. dessen Vertretung) in deutscher Sprache sichergestellt ist. Dies gilt auch beim Einsatz von Dienstleistern.
- (6) Das GUV hat bei Bauarbeiten Entwässerungsanlagen, Anlagen zur Straßenbeleuchtung, Leitungen oder sonstige gemeindliche Anlagen nach Weisungen der Stadt zu sichern und wiederherzustellen. Dies gilt entsprechend für Anlagen Dritter, die die Erfüllung gemeindlicher Aufgaben übernommen haben.
- (7) Vor Beginn einer Baumaßnahme wird das GUV eine detaillierte Dokumentation einschließlich Fotodokumentation der betroffenen Flächen anfertigen. Die Dokumentation stellt das GUV der Stadt unaufgefordert nach Abschluss der Baumaßnahme zur Verfügung.
- (8) Auf Wunsch der Stadt erfolgt vor Beginn der Baumaßnahme eine gemeinsame Begehung der betroffenen Flächen.
- (9) Die für die Ausführung der Arbeiten des GUV in öffentlichen Verkehrswegen geltenden gesetzlichen Vorschriften und sonstige Bestimmungen für solche Arbeiten zur Sicherung des Verkehrs bzw. zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Wiederherstellung der betroffenen Flächen sind zu beachten. Es gelten die anerkannten Regeln der

Straßenbautechnik, die allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie die einschlägigen technischen Regelwerke, Normen und Sicherheitsvorschriften, insbesondere die DIN-, VDE (FNN)-, und VDN-Bestimmungen, Unfallverhütungsvorschriften sowie die behördlichen Genehmigungen mit darin enthaltenen Auflagen und Bedingungen, insbesondere im Hinblick auf die Betriebssicherheit und Belange des Umweltschutzes. Insbesondere folgende Vorschriften, Normen und Regelungen sind in der jeweils geltenden Fassung zu beachten:

- Bayerisches Straßen- und Wegegesetz (BStrWG),
- Denkmalschutzgesetz Bayern (BayDSchG)
- DIN 1998 – Unterbringung von Leitungen und Anlagen in öffentlichen Flächen (Richtlinien für die Planung),
- DIN 1076 – Ingenieurbauwerke im Zuge von Straßen und Wegen (Überwachung und Prüfung),
- DIN 18920 – Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen,
- Richtlinien für das Verlegen und Anbringen von Leitungen an Brücken (RI-LEI-BRÜ),
- Richtlinien für die Anlage von Straßen (RAS), Teil: Landschaftsgestaltung (RAS-LG); Abschnitt 4; Schutz von Bäumen und Sträuchern im Bereich von Baustellen (RAS-LG4),
- Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen,
- Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA),
- Allgemeine Technische Bestimmungen für die Benutzung von Straßen durch Telekommunikationslinien (ATB TeleStra),
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen (ZTV-SA),
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen (ZTV A – StB),
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau (ZTV E – StB),
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Tragschichten im Straßenbau (ZTV T – StB),
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Fahrbahndecken aus Asphalt (ZTV Asphalt – StB),
- DIN 4124 (Baugruben und Gräben; Böschungen, Verbau, Arbeitsraumbreiten),
- DIN 18300 (Erdarbeiten),
- UVV VBG 9a (Lastaufnahmeeinrichtungen im Hebezeugbetrieb),
- UVV VBG 40 (Erdbaumaschinen),
- BGV A1 (Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen – Baustellenverordnung),
- ZTV A – StB97 (Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen),
- DIN 18915 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Bodenarbeiten),
- DIN 18916 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Pflanzen und Pflanzarbeiten),
- DIN 18917 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Rasen und Saatarbeiten),
- DIN 18918 (Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Ingenieurbologische Sicherungsbauweisen - Sicherungen durch Ansaaten, Bepflanzungen, Bauweisen mit lebenden und nicht lebenden Stoffen und Bauteilen, kombinierte Bauweisen),
- DIN 18320 (VOB Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - Teil C: Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) – Landschaftsbauarbeiten).

## **§ 17 Wiederherstellung von Oberflächen**

- (1) Nach Beendigung der Bauarbeiten wird das GVV die benutzten Grundstücke oder Bauwerke nach Maßgabe der jeweils allgemein anerkannten Regeln der Technik (z.B. ZTV-A-StB 12) wieder in den vorherigen bzw. einen gleichwertigen Zustand versetzen. Altes Bodenmaterial ist zur Verfüllung ungeeignet und deshalb durch verdichtungsfähiges Material unterhalb des Frostschutzkieses auszutauschen und der Frostschutzkies wiederherzustellen. Schäden, die auf Arbeiten des GVV zurückzuführen sind, wird das GVV auf seine Kosten unverzüglich beseitigen.
- (2) Für die Festlegung der Ausführungsweise der Wiederherstellung der Verkehrsfläche gemäß Abs. 1 gilt folgendes Verfahren: Das GVV holt vor Beginn der Baumaßnahme den Entscheid der Stadt zu Art, Aussehen, Struktur und Qualität der Verkehrsfläche ein. Auf Wunsch der Stadt findet hierzu ein gemeinsamer Vor-Ort-Termin statt. Das GVV informiert die Stadt mittels geeigneter Unterlagen (z. B. Pläne, Fotos) über die mögliche Ausgestaltung der Verkehrsfläche und ist berechtigt, Hinweise und Empfehlungen abzugeben. Unabhängig davon hat das GVV die Vorgaben der Stadt umzusetzen. Je nach den Vorgaben der Stadt wird das GVV die Verkehrsflächen wieder in den vorherigen bzw. einen gleichwertigen Zustand versetzen oder – sofern die Stadt es wünscht – eine Zustandsverbesserung der Verkehrsflächen herbeiführen bzw. an Stelle der Wiederherstellung eine entsprechende Entschädigung leisten. Die durch die Zustandsverbesserung oder die Herstellung einer abweichenden Verkehrsfläche entstehenden zusätzlichen Kosten hat die Stadt zu tragen. Einen Kostenvorteil, der durch die gewünschte Herstellung eines geringerwertigen Zustandes entsteht, wird das GVV unverzüglich an die Stadt weitergeben.
- (3) Die Wiederherstellung gemäß Abs. 1 erfolgt spätestens binnen zwei Wochen nach Beendigung der Bauarbeiten, es sei denn, die Witterungsbedingungen lassen dies nicht zu. Für diesen Fall ist eine Übergangslösung zu finden.
- (4) Die Stadt kann jederzeit weitere gemeinsame Vor-Ort-Termine verlangen, insbesondere auch zu Kontrollzwecken während der Durchführung der Wiederherstellung der Verkehrsflächen. Das GVV hat die Stadt dabei über wesentliche Ausführungsschritte zu informieren. Insbesondere vor dem Einbau von gebundenen Tragschichten oder Deckschichten hat das GVV der Stadt die Gelegenheit zur Kontrolle einer fachgerechten Ausführung zu geben.
- (5) Das GVV verpflichtet sich dazu, dass bei allen Baumaßnahmen an öffentlichen Straßen die Verfüllzone nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (insbesondere den jeweils geltenden Vorgaben der ZTV E-StB) verdichtet und die Qualität der Arbeiten einer fachgerechten, dem Stand der Technik entsprechenden Verdichtungsprüfung unterzogen wird (insbesondere statischer bzw. dynamischer Plattendruckversuch).
- (6) Das GVV verpflichtet sich, bei der Verfüllung von Gräben keinen Flüssigboden einzusetzen, sofern die Stadt dies nicht explizit wünscht.
- (7) Vor Beginn und nach Abschluss einer Baumaßnahme erstellt das GVV jeweils eine Fotodokumentation der betroffenen Abschnitte der öffentlichen Verkehrswege. Die Bilddateien sind so zu erstellen, dass sie das Datum der Aufnahme des Fotos enthalten. Die Fotodokumentation wird der Stadt unaufgefordert nach Abschluss der Baumaßnahme zur Verfügung gestellt.

## **§ 18 Gewährleistung**

- (1) Das GVV teilt der Stadt die Beendigung der Bauarbeiten (ggf. einzelner abgeschlossener Bauabschnitte) sowie ein Abnahmeverlangen in Textform mit.

- (2) Auf Wunsch der Stadt findet zeitnah nach Beendigung eine gemeinsame Abnahme statt. Über die Abnahme wird eine gemeinsame Niederschrift gefertigt, in der etwaige Vorbehalte gegen festgestellte Mängel aufgenommen werden. Die Niederschrift wird der Stadt in elektronischer Form übermittelt. Bei wesentlichen Mängeln kann die Stadt die Abnahme verweigern. Nachdem das GVV die wesentlichen Mängel behoben hat, teilt das GVV die Beendigung der Bauarbeiten erneut mit. In diesem Fall gelten die Regelungen nach Satz 2 bis 4 entsprechend.
- (3) Der Abnahme steht es gleich, wenn die Stadt auf die Abnahme verzichtet oder sie die Arbeiten nicht innerhalb einer vom GVV bestimmten angemessenen Frist, mindestens jedoch vier Wochen, abnimmt, obwohl sie dazu verpflichtet ist. Über die Abnahme stellt die Stadt eine Bescheinigung aus.
- (4) Aufgezeigte Mängel sind unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Monaten ab Aufforderung der Stadt durch das GVV zu beseitigen. Ist eine solche Beseitigung aufgrund der Witterungsverhältnisse nicht innerhalb von 2 Monaten möglich, hat das GVV die aufgezeigten Mängel ab Aufforderung durch die Stadt spätestens innerhalb von 3 Monaten zu beseitigen. Andernfalls ist die Stadt berechtigt, die Mängel im Wege der Ersatzvornahme im Sinne von § 637 BGB auf Kosten des GVV zu beseitigen.
- (5) Für die einwandfreie Wiederherstellung der benutzten Grundstücke hat das GVV Gewähr zu leisten. Die Gewährleistungsfrist beträgt 5 Jahre ab erfolgreicher Abnahme der Arbeiten. Wird keine Abnahme durchgeführt, beginnt die Gewährleistungsfrist 12 Wochen, nachdem das GVV die Beendigung der Arbeiten mitgeteilt hat.
- (6) Während der Gewährleistungsfrist festgestellte Mängel sind unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von vier Wochen ab Aufforderung der Stadt durch das GVV zu beseitigen. Kommt das GVV dem nicht nach, ist die Stadt ohne erneute Aufforderung berechtigt, die Mängel im Wege der Ersatzvornahme auf Kosten des GVV zu beseitigen. Das GVV hat die Stadt über die Beseitigung des Mangels zu informieren. Die Stadt kann eine Abnahme der Arbeiten verlangen. Insoweit gelten die Regelungen aus Abs. (1) bis (4) entsprechend.
- (7) Die Parteien werden frühestens sechs, spätestens drei Monate vor Ablauf der Gewährleistungsfrist eine Besichtigung der wiederhergestellten Verkehrswege bzw. Grundstücke zur Untersuchung auf etwaige Mängel durchführen. Dabei festgestellte Mängel an den ausgeführten Arbeiten wird das GVV in einem Protokoll dokumentieren und der Stadt unverzüglich übermitteln.

## **§ 19 Koordinierte Leitungsverlegung**

- (1) Das GVV verpflichtet sich, der Stadt bis spätestens 30.06. eines jeden laufenden Jahres größere (>100.000 EUR brutto), durch das GVV geplante Baumaßnahmen (z. B. Netzerweiterungen, Netzerneuerungen oder Netzzrückbau) für das Folgejahr mitzuteilen, damit die Stadt dies bei ihrer Haushaltsplanung für eigene Baumaßnahmen berücksichtigen kann.
- (2) Das GVV verpflichtet sich, bei Baumaßnahmen maßnahmenbezogen jeweils einen festen entscheidungsbefugten Ansprechpartner aus dem Baubereich für die Stadt und Dritte (d. h. alle im Vertragsgebiet tätigen Infrastrukturbetreiber, Straßenbaulastträger und Bauherren) zu benennen. Eine Vertretung des jeweiligen Ansprechpartners im Urlaubs- und Krankheitsfall wird durch das GVV sichergestellt.
- (3) Das GVV verpflichtet sich, mindestens einmal im Jahr, auf Wunsch der Stadt aber auch öfter, an Koordinationsgesprächen mit dem Bauamt der Stadt zu geplanten und laufenden Baumaßnahmen teilzunehmen, um sich insbesondere zum Baufortschritt sowie zur Nutzung von Effizienzpotenzialen durch gemeinsame Straßenaufbrüche abzustimmen. Darüber hinaus verpflichtet sich das GVV zu frühzeitigen Abstimmung



von Baumaßnahmen mit anderen Infrastrukturbetreibern, die im Konzessionsgebiet tätig sind (z.B. Strom/Wasser/Abwasser, TK-/Breitbandanbieter).

- (4) Das GVV verpflichtet sich, regelmäßig und anlassbezogen Baustellenbesprechungen mit den an der jeweiligen Baumaßnahme Beteiligten (Stadt und Dritte) durchzuführen. Die Baustellenbesprechungen dienen dem gemeinsamen Austausch über die Vorbereitung, die Durchführung und den Abschluss der Baumaßnahmen einschließlich der Wiederherstellung der Verkehrsflächen. Für jede Baumaßnahme werden Baustellenbesprechungen nach jeweiligen Erfordernissen und Vereinbarung in den Räumlichkeiten der Stadt bzw. des Dritten, des GVV oder am Ort der jeweiligen Baustelle durchgeführt.
- (5) Das GVV verpflichtet sich, die Baumaßnahmen so durchzuführen und zu koordinieren, dass möglichst kurze Bauzeiten realisiert werden. Unter anderem werden Zeiträume vermieden, in denen die Baumaßnahmen ruhen.

## **§ 20 Schonung des Ortsbildes und der Straßenoberflächen**

### **(1) Mitverlegung von Leitungen und Nutzung von Leerrohren**

- a) Das GVV verpflichtet sich zur Nutzung der durch die Stadt oder Dritte veranlassten Straßenaufbrüche, soweit dem keine maßgeblichen technischen oder wirtschaftlichen Gründe entgegenstehen.
- b) Das GVV verpflichtet sich, die Terminplanung eigener Baumaßnahmen an den Maßnahmen der Stadt auszurichten, indem eigene Maßnahmen vorgezogen werden, wenn eine Störanfälligkeit an den Anlagen festgestellt wurde oder die Anlagen bereits abgeschrieben sind oder soweit technisch vertretbar zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden. Soweit dem keine maßgeblichen technischen oder wirtschaftlichen Gründe entgegenstehen, wird das GVV Maßnahmen auch mehr als 1 Jahr vorziehen. Voraussetzung für die Verschiebung von Maßnahmen durch das GVV ist, dass dadurch Straßenaufgraben vermieden oder reduziert werden können.
- c) Ist das GVV der Ansicht, dass maßgebliche technische oder wirtschaftliche Gründe einer Maßnahme gemäß Abs. (1) b) entgegenstehen, so hat das GVV dies gegenüber der Stadt in Textform zu begründen.
- d) Das GVV verpflichtet sich, vorhandene Leerrohranlage, die nicht zur Erdgasversorgung benötigt werden, der Stadt für die eigenen Leitungsverlegung zu marktüblichen Preisen zur Verfügung zustellen. Soweit gesetzlich bereits Mitnutzungspflichten bestehen, sind diese vorrangig zu beachten.

### **(2) Aufbruchsperrungen**

- a) Das GVV darf nach einer vollständigen Erneuerung einer befestigten Oberfläche durch die Stadt oder nach Wiederherstellung einer Oberfläche nach eigenen Maßnahmen erneute Aufgrabungen in dem erneuerten Abschnitt des Verkehrswegs nicht vor Ablauf einer Sperrfrist von 5 Jahren vornehmen. Die Stadt wird das GVV mindestens sechs Monate vor Baubeginn über eine beabsichtigte vollständige Erneuerung der Oberfläche in Textform unterrichten.
- b) Von lit. (a) ausgenommen sind unvorhersehbare Maßnahmen, insbesondere zur Störungsbeseitigung sowie Maßnahmen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen, wie z. B. die Errichtung von Netzanschlüssen (inkl. notwendigen Netzverstärkungen).

**(3) Baumfällungen und Ersatzpflanzungen**

- a) Werden im Rahmen einer Baumaßnahme vorhandene Grünpflanzen der Stadt (u. a. Bäume und Sträucher) beeinträchtigt, wird das GVV Ersatzpflanzungen vornehmen. Die Stadt kann jeweils einen Ort im Vertragsgebiet benennen, an dem die Ersatzpflanzung erfolgen soll. Entsteht durch die Ersatzpflanzungen an einem anderen Ort im Vergleich zur Ersatzpflanzung am Ort der Baumaßnahme ein Mehraufwand, ist dieser von der Stadt marktüblich zu vergüten.
- b) Das GVV verpflichtet sich, seine interne Dokumentation über die durchgeführten Ersatzpflanzungen der Stadt auf Wunsch zur Verfügung zu stellen. In der Dokumentation ist festgehalten, für welche Grünpflanzen Ersatzpflanzungen vorgenommen wurden, an welchen Standorten sich die Ersatzpflanzungen befinden und um welche Pflanzen es sich handelt.
- c) Gehen Grünpflanzen innerhalb von 5 Jahren nach Beendigung von Baumaßnahmen des GVV im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang ein, ist davon auszugehen, dass das GVV Verursacher ist. Das GVV ist in diesem Fall entsprechend lit. a) zur Ersatzpflanzung verpflichtet. Das GVV kann den Gegenbeweis führen (z. B. Beschädigung durch Dritte oder fehlende Bewässerung).

**§ 21 Bestandsplanwerk**

- (1) Das GVV führt ein Bestandsplanwerk über ihre in der Stadt vorhandenen Verteilungsanlagen nach einem in der Versorgungswirtschaft üblichen Standard (derzeit GIS), in dem alle vorhandenen Verteilungsanlagen in ihrer Lage und mit ihren technischen Details dokumentiert werden. Das Bestandsplanwerk enthält die vorhandenen Leerrohranlagen mit den Informationen hinsichtlich des Belegungszustands (belegt oder nicht-belegt). Spätestens 12 Monate nach Vertragsschluss wird das GIS-System um folgende Informationen ergänzt:
  - a) Das Bestandsplanwerk enthält die jeweils aktuellen Hochwassergefahrenkarten des Landes Bayern.
  - b) Das Bestandsplanwerk enthält die jeweils aktuellen Wasserschutzgebietskarten des Landes Bayern.
- (2) Das GVV stellt der Stadt jährlich eine aktualisierte Übersicht über die im Stadtgebiet vorhandenen Verteilungsanlagen in der bei dem GVV vorhandenen Form zur Verfügung. Soweit verfügbar und gewünscht, werden die Daten auf Basis des aktuellen technischen Standards geliefert. Im Übrigen erhält die Stadt auf Anfrage wie jeder Dritte Auskunft über den aktuellen Leitungsverlauf an einzelnen Punkten des Versorgungsnetzes.
- (3) Das GVV stellt der Stadt und Dritten die Leitungsauskünfte auf Wunsch auch in einem elektronischen Format zur Verfügung.
- (4) Auf Wunsch stellt die Stadt dem GVV Daten zu eigenen Anlagen oder Baumbestand im GIS-Format zur Verfügung, z.B. aus dem Baumkataster oder zu vorhandenen Abwasserleitungen.

**§ 22 Preisgünstige und effiziente Leistungserbringung**

- (1) Das GVV ist verpflichtet, eine möglichst preisgünstige Energieversorgung zu gewährleisten.

- (2) Das GVV berechnet aktuelle Hausanschlusskosten für einen Standardhausanschluss bis DN 50 und 15 m Anschlusslänge in Höhe von 2.100,84 EUR (netto). Die aktuellen Preise sind auf der Website des GVV einsehbar.
- (3) Das GVV ist verpflichtet, seine internen Prozesse möglichst effizient zu gestalten, ohne dass deshalb die Qualität der Leistungserbringung eingeschränkt wird. Ziel ist eine preisgünstige aber gleichzeitig auch qualitativ hochwertige Versorgung.

### **§ 23 Änderung der Verteilungsanlagen**

- (1) Erfordern kommunale Maßnahmen eine Änderung öffentlicher Verkehrswege aus Gründen des Straßenbaus, der Verkehrssicherheit, aus städtebaulichen oder aus sonstigen im öffentlichen Interesse liegenden Gründen, ist das GVV verpflichtet - nach schriftlicher Aufforderung durch die Stadt - seine Verteilungsanlagen in angemessener Frist dementsprechend anzupassen, umzuverlegen oder zu sichern (Folgepflicht). Dies gilt auch für Verteilungsanlagen, die durch die Änderung der öffentlichen Verkehrswege erstmals berührt werden.
- (2) Die Folgepflicht nach Absatz 1 besteht, soweit zulässig, auch bei Änderungen, die durch Entsorgungseinrichtungen der Stadt veranlasst werden.
- (3) Die notwendigen Kosten der Anpassung, Umverlegung und Sicherung der Anlagen (Folgekosten) nach den vorstehenden Absätzen tragen in den ersten fünf Jahren nach Errichtung oder Erneuerung der Verteilungsanlagen das GVV und die Stadt jeweils zur Hälfte. Sind seit Errichtung oder Erneuerung der Verteilungsanlagen 5 Jahre, aber noch keine 10 Jahre vergangen, so trägt das GVV 75 % der Kosten und die Stadt 25 %. Sind seit der Errichtung oder Erneuerung der Verteilungsanlagen 10 Jahre oder mehr vergangen, so trägt das GVV die Kosten zu 100 %.
- (4) Hat die Stadt Ersatzansprüche gegenüber Dritten oder leisten Dritte Zuschüsse, sind diese zur Minderung der Änderungskosten zu verwenden, soweit dies mit der Zweckbestimmung der geleisteten Zuschüsse in Einklang steht.
- (5) Soweit Folgekosten durch verschuldete Fehlplanung der Stadt eintreten, hat die Stadt die Folgekosten zu tragen.
- (6) Erfolgt die Umverlegung oder Änderung auf Veranlassung des GVV, so trägt dieses die Kosten zu 100 %.
- (7) Folgepflicht- und Folgekostenregelungen, die kraft Gesetzes oder aufgrund anderweitiger schuldrechtlicher Vereinbarungen oder dinglicher Rechte bestehen, werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

### **§ 24 Haftung**

- (1) Das GVV haftet der Stadt oder Dritten nach den gesetzlichen Bestimmungen für Schäden, die bei der Errichtung, Änderung, Entfernung oder dem Betrieb von Verteilungsanlagen des GVV entstehen.
- (2) Von Schadenersatzansprüchen, die aus solchen Gründen Dritte gegenüber der Stadt geltend machen, hat das GVV die Stadt freizustellen. Die Stadt darf nur mit Zustimmung des GVV solche Ansprüche anerkennen oder einen Vergleich über sie abschließen. Stimmt das GVV nicht zu, hat die Stadt einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem GVV zu führen, und dabei dessen Interessen zu wahren. Das GVV trägt alle der Stadt durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten und hat die Entscheidung gegen sich gelten zu lassen.

- (3) Werden bei Arbeiten der Stadt Anlagen des GUV beschädigt, hat die Stadt die durch die Wiederherstellung entstehenden Selbstkosten ohne Gewinnaufschlag dann zu tragen.

## **§ 25 Zusammenarbeit mit der Stadt**

- (1) Die Stadt und das GUV werden sich über Maßnahmen, die den anderen Vertragspartner berühren, frühzeitig unterrichten und Gelegenheit zur Stellungnahme und Abstimmung in technischer und zeitlicher Hinsicht geben. Dies gilt auch, wenn Dritte Maßnahmen beabsichtigen, die sich auf Anlagen des GUV auswirken könnten.
- (2) Die Stadt und das GUV werden bei Erfüllung dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenwirken und gegenseitig auf ihre Interessen Rücksicht nehmen.
- (3) Das GUV wird der Stadt auf Wunsch alle notwendigen Informationen zur Verfügung stellen, damit die Stadt die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen überprüfen kann.

## **§ 26 Vertragsdauer**

- (1) Dieser Vertrag beginnt am 01.01.2026 und endet am 31.12.2045 (20 Jahre). Sollte für die Vertragserfüllung der Erwerb des Netzes erforderlich sein, beginnt der Vertrag – sofern dies rechtlich zulässig ist – frühestens mit der Übernahme des Netzes und wird für die Dauer von 20 Jahren abgeschlossen.
- (2) Die Stadt ist berechtigt, den Vertrag mit einer Frist von zwei Jahren zum Ablauf von 10 und 15 Jahren ordentlichen zu kündigen. Die Auskunftspflichten gem. § 27 bestehen auch für diesen Fall.
- (3) Die Kündigung hat in Textform zu erfolgen.
- (4) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages bleibt unberührt.

## **§ 27 Auskunftspflichten**

- (1) Das GUV ist verpflichtet, der Stadt die für die Bekanntmachung und Ausschreibung des Konzessionsvertrages nach § 46 Abs. 3 EnWG erforderlichen Informationen kostenfrei spätestens 3 Monate nach Aufforderung zur Verfügung zu stellen.
- (2) Hierzu zählen insbesondere folgende Informationen:
  - a) Mengengerüst der für den Betrieb des Erdgasnetzes der allgemeinen Versorgung im Vertragsgebiet notwendigen Verteilungsanlagen mit Beschreibung der Anlagen nach Art, Umfang und Anschaffungsjahr und Erhaltungszustand. Hierzu gehören die Länge der zum Netz gehörenden Freileitungen und Kabel (nach Druckstufen), die Länge der Hausanschlussleitungen bzw. des Hausanschlussnetzes, Messanlagen, die Anzahl der Gasdruckregelstationen und Ordoierungsanlagen, Hausanschlüsse, Anzahl der Stationen und Einspeiseschränke, Zähler, Netzkopplungspunkte;
  - b) zur Ermittlung einer ggf. erforderlichen Netzentflechtung, insbesondere diesem Zweck dienende, soweit vorhanden, digitale ansonsten analoge Netzpläne des Niederdruck, Mitteldruck und Hochdrucknetzes mit dem aktuellsten Bearbeitungsstand mindestens im Maßstab 1:500, aus denen sich auch die beim GUV verbleibenden Durchgangsleitungen ergeben;
  - c) Verzeichnis der der Versorgung dienenden Grundstücke im Versorgungsgebiet;

- d) Tagesneuwerte der Anlagen;
- e) Art und Besonderheiten des Gasversorgungsnetzes (z. B. verbaute Materialien, herausragende Schadensereignisse) und der sonstigen Anlagegüter;
- f) Originäre historische Anschaffungs- und Herstellungskosten der Anlagegüter des zu überlassenden Erdgasversorgungsnetzes und der Grundstücke, aufgeteilt nach Anlagengruppen gemäß Anlage 1 zu § 6 Abs. 5 S. 1 GasNEV und Anschaffungsjahren;
- g) Historische Aktivierungsjahre der Anlagegüter des zu überlassenden Erdgasversorgungsnetzes und der Grundstücke;
- h) In der Netzkostenkalkulation gem. § 6 Abs. 5 S. 1 GasNEV verwendete Nutzungsdauern je Anlagengruppe und etwaige Nutzungsdauerwechsel, unter Angabe des Jahres des Nutzungsdauerwechsels und der bis zum und ab dem Nutzungsdauerwechsel verwendeten Nutzungsdauern;
- i) Kalkulatorische Restbuchwerte, kalkulatorische Nutzungsdauern laut Genehmigungsbescheid, aufwandsgleiche Kostenpositionen i.S.d. § 5 GasNEV, kalkulatorische Abschreibungen i.S.d. § 6 GasNEV, kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung i.S.d. § 7 GasNEV, kalkulatorische Gewerbesteuer i.S.d. § 8 GasNEV, kostenmindernde Erlöse und Erträge i.S.d. § 9 GasNEV;
- j) Zugehörige Bilanz- und GuV-Werte des jeweiligen Vertragsgebietes, soweit diese vorliegen, Auskünfte über die auf das Vertragsgebiet bezogene mehrjährige Vermögens-, Ertrags-, Finanz- und Investitionsplanung;
- k) Höhe der vereinnahmten und nicht aufgelösten Netzanschlussbeiträge und Baukostenzuschüsse (aufgegliedert nach Jahr der Vereinnahmung); jeweils getrennt nach Nieder-, Mittel- und Hochdruck, unter Angabe der Auflösungsmethode und der angesetzten Auflösungszeiträume;
- l) Bezugsmengen und Bezugsleistungen aus dem vorgelagerten Netz nach Übergabepunkten und Druckstufen der letzten drei Jahre;
- m) Die Anzahl und Stellenbeschreibung der dem Betrieb des Netzes im Vertragsgebiet unmittelbar zuordenbaren Mitarbeitenden;
- n) Absatzmengen und Erlöse im Vertragsgebiet (jeweils aufgegliedert nach Tarifkunden (getrennt nach Abnahmegruppen) und Sondervertragskunden) aus den vergangenen 3 Jahren;
- o) Netznutzungsentgelte aus den vergangenen 3 Jahren wie sie in den veröffentlichten Netzentgelten verwendet werden getrennt nach Arbeits- sowie Leistungs- bzw. Grundpreis;
- p) Anzahl der Einspeiseanlagen von Biogasanlagen nebst Leistung und Druckstufen (soweit im Netzgebiet vorhanden);
- q) Erlösobergrenze des GVG laut letztem vorliegendem Genehmigungsbescheid unter Angabe des auf das Vertragsgebiet entfallenden Anteils an der EOG;
- r) Eine Aufstellung aller stillgelegten Erdgasverteilungsanlagen im Vertragsgebiet und Informationen zu geplanten Stilllegungen;
- s) Neutrale Schadensberichte (soweit vorhanden) und Informationen über berichtspflichtige Störfälle (§ 52 EnWG – Meldungen, die das GVG nach § 52 EnWG

im Konzessionszeitraum an die BNetzA übermittelt hat) und weitere außergewöhnliche Störungen;

- t) Informationen zu drohenden Netzengpässen;
  - u) Strukturdaten gemäß § 23c Abs. 1 und 3 EnWG (Veröffentlichungspflichten des Netzbetreibers) bezogen auf das Vertragsgebiet, insbesondere
    - die Länge des Gasleitungsnetzes jeweils getrennt für die Niederdruck-, Mitteldruck- und Hochdruckebene zum 31. Dezember des Vorjahres,
    - die Länge des Gasleitungsnetzes in der Hochdruckebene nach Leitungsdurchmesserklassen,
    - die im Vorjahr durch Weiterverteiler und Letztverbraucher entnommene Jahresarbeit in Kilowattstunden oder in Kubikmetern,
    - die Anzahl der Ausspeisepunkte jeweils für alle Druckstufen und
    - die zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen in Megawatt oder Kubikmetern pro Stunde und den Zeitpunkt des jeweiligen Auftretens;
    - die Einwohnerzahl im Netzgebiet von Betreibern von Elektrizitätsversorgungsnetzen der Niederspannungsebene,
    - die versorgte Fläche nach § 24 Abs. 2 Satz 2 und 3 GasNEV,
    - die geographische Fläche des Netzgebietes,
    - die Anzahl der Entnahmestellen mit einer viertelstündlichen registrierenden Leistungsmessung oder einer Zählerstandsgangmessung und die Anzahl der sonstigen Entnahmestellen,
    - den Namen des grundzuständigen Messstellenbetreibers;
    - Das Konzessionsabgabenaufkommen (getrennt nach den jeweiligen Tarif- und Sondervertragskunden sowie Verwendungsarten) der letzten fünf Jahre;
- (3) Wird gemäß § 46a Satz 3 EnWG oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung oder aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung ein Datenumfang der zu übermitteln den Daten festgelegt, der über den vorstehenden Katalog hinaus geht, so hat das GVV ab dem Zeitpunkt der Rechtsgültigkeit der gesetzlichen Regelung bzw. Rechtskraft der höchstrichterlichen Entscheidung auch diese Daten an die Stadt zu übermitteln.
- (4) Über die vorstehende Liste hinaus, sind alle Daten zu übermitteln, die die Stadt zur rechtskonformen Durchführung eines Verfahrens zum Neuabschluss eines Wegenutzungsvertrages, der Wertermittlung der Verteilungsanlagen, der Ausübung des Übernahmerechts und der Beurteilung der weiteren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer Netzübernahme (z. B. Entflechtungskonzept und -kosten) benötigt.
- (5) Die Daten sind auf Wunsch der Stadt im Zeitraum zwischen der ersten Datenlieferung und dem Auslaufen dieses Vertrages jährlich zu aktualisieren.
- (6) Die Daten sind auf den Stichtag 31.12. des Jahres, das dem Zeitpunkt der Datenlieferung durch das GVV voran geht, zu übermitteln.
- (7) Zusätzlich sind die Daten spätestens drei Monate nach Vertragsende auf den Stichtag des Endes dieses Vertrages zu aktualisieren.
- (8) Auf Anforderung der Stadt sind die vorstehenden Informationen elektronisch in weiterverarbeitbaren Datenformaten zu übermitteln, soweit sie dem GVV in weiterverarbeitbaren Formaten vorliegen.
- (9) Die Daten sind der Stadt auf deren Wunsch zu erläutern.

- (10) Die Stadt hat das Recht, die zur Durchführung eines Verfahrens zur Vergabe der Wegenutzungsrechte nach § 46 EnWG oder einer Nachfolgeregelung erforderlichen Informationen und Unterlagen nicht nur selbst zu verwenden, sondern diese auch den an dem Konzessionsierungsverfahren teilnehmenden Unternehmen zur Verfügung zu stellen.
- (11) § 46a EnWG bleibt von dieser Regelung unberührt.

## **§ 28 Erdgasversorgungsanlagen auf Grundstücken des GUV**

- (1) Zwischen den Vertragspartnern besteht Einigkeit darüber, dass die Errichtung von Erdgasverteilungsanlagen auf Grundstücken des GUV zur Erfüllung der zeitlich begrenzten Verpflichtung aus diesem Vertrag erfolgt und diese Erdgasverteilungsanlagen daher Scheinbestandteile im Sinne des § 95 Abs. 1 BGB darstellen, welche im Rahmen der Übertragung nach § 29 Abs. 1 als rechtlich selbständige bewegliche Sachen zu übereignen sind.
- (2) Das GUV wird zu Gunsten der Stadt oder eines von der Stadt benannten Dritten, an den die Stadt ihren Übertragungsanspruch gemäß § 29 Abs. 1 abgetreten hat, eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die betroffenen Grundstücke bestellen. Inhalt der Dienstbarkeit ist das Recht der Stadt bzw. des von der Stadt benannten Dritten, die in ihrem/seinem Eigentum stehenden Sachen auf den betroffenen Grundstücken zu belassen, zu betreiben, zu unterhalten und gegebenenfalls zu erneuern, sowie das Recht, die betroffenen Grundstücke zu diesem Zwecke zu benutzen. Die Kosten für die Bestellung der Dienstbarkeit trägt die Stadt bzw. der von der Stadt benannte Dritte. Sofern durch die Eintragung dieser Dienstbarkeit eine Wertminderung des Grundstücks eintritt, wird die Stadt bzw. der von der Stadt benannte Dritte eine angemessene Entschädigung leisten.

## **§ 29 Übernahme der Verteilungsanlagen durch die Stadt**

- (1) Schließt die Stadt nach Ablauf dieses Vertrages keinen neuen Konzessionsvertrag über das Vertragsgebiet mit dem GUV, sondern mit einem anderen GUV ab, ist das GUV verpflichtet, dem neuen GUV die im Vertragsgebiet vorhandenen Anlagen, die für die Verteilung von Erdgas im Vertragsgebiet benötigt werden, gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung zu übertragen oder – soweit zulässig – den Eigentümer zur Übertragung zu verpflichten. Gleiches gilt, wenn die Stadt beschließt, die Energieversorgungsnetze selbst oder durch eine kommunale Gesellschaft zu betreiben.
- (2) Die Vertragspartner verpflichten sich, die Maßnahmen zur Trennung des Netzes (Entflechtungsmaßnahmen) und/oder zur Einbindung des Netzes (Einbindungsmaßnahmen) auf das zur Erfüllung der beiderseitigen Versorgungsaufgaben geringstmögliche Maß zu beschränken. Das GUV trägt dabei nur die Kosten der Entflechtung.
- (3) Änderungen an den vorhandenen Erdgasverteilungsanlagen und/oder die Errichtung neuer Erdgasverteilungsanlagen werden nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner oder dem neuen GUV durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinaus wirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt für max. drei Jahre vor dem Auslaufen des Konzessionsvertrages und nicht für reine Unterhaltungsmaßnahmen.
- (4) Der Kaufpreis für die Verteilungsanlagen nach Absatz (1) ist am Tag der Übernahme zur Zahlung fällig.
- (5) Das GUV kann die von ihm errichteten und betriebenen Durchgangsleitungen auch nach Ablauf des Konzessionsvertrages nutzen und dafür die eingeräumten Wegenut-

zungsrechte in Anspruch nehmen. Die Stadt wird mit dem GVV insofern einen gesonderten Nutzungsvertrag schließen. Folgekosten und Folgepflichten für diese Leitungen obliegen ausschließlich dem GVV.

- (6) Der Umfang der von der Stadt zu übernehmenden Anlagen und die Höhe des Wertes dieser Anlagen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Einbindungsmaßnahmen und deren Kosten werden - soweit sich die Vertragsparteien untereinander nicht einigen können - von Sachverständigen gutachterlich ermittelt.
- (7) Jeder der Vertragspartner bestellt einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein Obmann. Der Obmann wird von den Sachverständigen gemeinsam bestellt. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, soll der Präsident des für die Stadt zuständigen Oberlandesgerichtes um die Ernennung des Obmannes ersucht werden. Der Obmann muss die Befähigung zum Richteramt haben, sofern es um die Beurteilung des Umfangs der zu übernehmenden Anlagen oder die Auslegung des Vertrages geht. Soweit die Beurteilung des Wertes der zu übernehmenden Anlagen streitig ist, muss der Obmann Wirtschaftsprüfer sein.
- (8) Jede Partei trägt die für ihren Gutachter entstehenden Kosten in voller Höhe und die für den Obmann entstehenden Kosten zur Hälfte, wenn sich die Parteien aufgrund der Gutachten außergerichtlich vergleichen. Lehnt eine Partei jedoch den Vorschlag des Obmannes ab und wird der Streit im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen, trägt jede Partei die Kosten des Gutachterverfahrens im gleichen Verhältnis, wie sie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt ist.
- (9) Alle vorstehenden Regelungen gelten als Vertrag zugunsten Dritter auch für das neue GVV, wenn es hiervon Gebrauch machen möchte und gleichzeitig in die Pflichten aus den vorstehenden Regelungen eintritt. Das GVV erteilt hierzu schon jetzt seine Zustimmung.
- (10) Hinsichtlich der bei dem GVV verbleibenden Verteilungsanlagen bleiben die dem GVV eingeräumten Rechte nach diesem Vertrag bis zu einem Jahr nach Vertragsbeendigung bestehen. Über die Einzelheiten der weiteren Inanspruchnahme der gemeindlichen Grundstücke werden die Stadt und das GVV eine besondere Vereinbarung abschließen; dazu gehört auch die Festlegung einer angemessenen Vergütung, soweit dies gesetzlich zulässig ist, und dass die Folgekosten und Folgepflichten ausschließlich dem GVV obliegen.

### **§ 30 Allgemeine Regelungen**

- (1) Die Stadt ist berechtigt und verpflichtet, ihre Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Nachfolger zu übertragen. Das GVV ist hierüber zu informieren.
- (2) Eine Übertragung des Eigentums an dem Erdgasversorgungsnetz während der Laufzeit des Konzessionsvertrages ist nur mit schriftlicher Zustimmung der Stadt zulässig. Das GVV ist im Wege der Einzelrechtsnachfolge berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung der Stadt auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen, soweit dies vergaberechtlich zulässig ist. Die Zustimmung ist bei vergaberechtlicher Zulässigkeit zu erteilen, wenn der Dritte die Rechte und Pflichten des GVV gegenüber der Stadt in vollem Umfang übernimmt und gegen seine technische und finanzielle Leistungsfähigkeit zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung keine berechtigten Bedenken bestehen und es sich bei dem Rechtsnachfolger um ein mit dem GVV verbundenes Unternehmen im Sinne des § 15 AktG handelt.

Das GVV beabsichtigt, innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach Vertragschluss, seinen Gasnetzbetrieb inklusive zugehöriger Mitarbeiter vollständig im Wege einer Umwandlung gem. UmwG oder in vergleichbarer Weise auf eine neue mit einem



erfahrenen anderen Gasnetzbetreiber gemeinsam gegründete Gesellschaft auszugliedern oder zu übertragen. Die Stadt stimmt einer solchen Übertragung bereits jetzt zu, wenn das GVV mindestens zu 25,1 % an dieser Gesellschaft beteiligt ist und die neue Gesellschaft entweder aufgrund ihrer eigenen technischen, wirtschaftlichen und personellen Ausstattung oder durch Einbindung und Ausstattung durch die Gesellschafter in der Lage ist, die Pflichten aus diesem Konzessionsvertrag über die Vertragslaufzeit zu gewährleisten. Hierfür hat das GVV der Stadt vor der Übertragung die notwendigen Erklärungen und Nachweise vorzulegen.

Die Übertragung ist rechtzeitig – in der Regel mindestens sechs Monate vorher – anzukündigen.

- (3) Ändert sich die mittelbare oder unmittelbare Kontrolle über das GVV, so ist dies gegenüber der Stadt unverzüglich schriftlich anzuzeigen (anzeigepflichtiger Kontrollwechsel). Die Anzeige hat detaillierte Informationen zum Kontrollwechsel zu enthalten, insbesondere zum Umfang der Veränderung der Kontrolle und den Unternehmen, die ihre Kontrolle erweitern und verringern. Das GVV hat der Stadt alle Auskünfte im Zusammenhang mit dem Kontrollwechsel zu erteilen.
- (4) Ein anzeigepflichtiger Kontrollwechsel liegt vor, wenn nach Zuschlagserteilung (Zustandekommen des Vertrages) ein Mitgesellschafter oder ein Dritter
  - a) im Sinne von § 37 Abs. 1 Nr. 1 GWB oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung das Vermögen des GVV ganz oder zu einem wesentlichen Teil erwirbt oder
  - b) die mittelbare oder unmittelbare Kontrolle über das GVV im Sinne von § 37 Abs. 1 Nr. 2 GWB oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung erlangt oder
  - c) einen beherrschenden Einfluss i. S. d. Definition des § 17 AktG oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung auf das GVV erlangt oder
  - d) einen unmittelbaren oder mittelbaren beherrschenden Einfluss im Sinne von § 290 HGB oder einer entsprechenden Nachfolgeregelung auf das GVV erwirbt oder
  - e) die Summe der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen von Städten und Gemeinden am GVV unter 51 % sinkt. Eine mittelbare Beteiligung von Städten und Gemeinden liegt nur dann vor, wenn das die Beteiligung vermittelnde Unternehmen zu 100 % im Eigentum von Städten und Gemeinden steht.
  - f) Die Stadt ist im Fall eines anzeigepflichtigen Kontrollwechsels i.S.d. Abs. (4) berechtigt, diesen Vertrag mit einer Frist von zwei Jahren zum Ende eines Kalenderjahres in Textform zu kündigen.
- (5) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages rechtsunwirksam und/oder undurchführbar sein oder werden, wird die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen davon nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die rechtsunwirksame und/oder undurchführbare Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg und Zweck möglichst gleichkommende Bestimmung zu ersetzen. Entsprechend ist zu verfahren, wenn sich eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.
- (6) Sollten sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, die für den Abschluss dieses Vertrages maßgebend waren, während der Vertragsdauer gegenüber dem Zeitpunkt des Vertragsabschlusses so wesentlich ändern, dass die Rechte und Pflichten der Stadt und des GVV nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zueinander

**Stadt Lindau (B)**  
**Konzessionsvertrag Erdgas**

---

stehen und das Festhalten an diesem Konzessionsvertrag für einen der Vertragspartner eine unbillige Härte bedeuten würde, kann dieser Vertragspartner eine Anpassung des Vertrages an die veränderten Verhältnisse verlangen.

- (7) Bei Streitigkeiten über den Inhalt oder den Vollzug des Vertrages werden die Vertragspartner eine gütliche Einigung anstreben. Gelingt dies nicht, so entscheiden die ordentlichen Gerichte, sofern sich beide Vertragspartner nicht auf die Einsetzung eines Schiedsgerichts oder auf die Einholung eines Schiedsgutachtens einigen.
- (8) Gerichtsstand ist Lindau. Mündliche Nebenvereinbarungen sind nicht getroffen. Änderungen und/oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen der Schriftform.
- (9) Dieser Vertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die Stadt und das GVV erhalten je eine Ausfertigung.

Anlage 1: Vertragsgebiet

Lindau (B),

,

.....  
(Oberbürgermeisterin)

.....  
GVV

